

Zu einigen Aufgaben der ideologisch-politischen Arbeit unserer Parteiorganisation

Die Hochschulparteiorganisation verabschiedete am 28. Juni den Plan der ideologisch-politischen Arbeit der Parteiorganisation für die kommenden Monate. Dabei wurden die Schwerpunkte und eine Reihe Maßnahmen zur gezielten Verwirklichung der ideologisch-politischen Aufgaben festgelegt.

Ausgehend vom Programm unserer Partei, von den richtungweisenden Beschlüssen und Dokumenten des Zentralkomitees, insbesondere der 11. und 12. Tagung, und der Beschlussfassung der SED sowie auch von den „Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“, wird im Beschluss der HPL zum Ziel der ideologisch-politischen Arbeit erklärt, daß bei allen Hochschulangehörigen das Verständnis für die Grundfragen unserer revolutionären Entwicklung immer tiefer werden und ihr Denken und Handeln immer eindeutiger bestimmt. Dabei besteht die Aufgabe der Tätigkeit der gesamten Parteiorganisation vor allem darin, allen Hochschulangehörigen zu helfen, sich einen festen politischen Standpunkt und eine sozialistische Einstellung zur Arbeit und zum Leben anzueignen.

Grundfragen in den Mittelpunkt stellen

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen unsere Genossen in ihrer täglichen ideologisch-politischen Arbeit vor allem folgende Grundfragen in den Mittelpunkt stellen:

- Die DDR ist die größte und be-

Vor Beginn des Studienjahres

(Fortsetzung von Seite 1)
rote-Kurve-Lehrpläne. Diese Kurse sind ebenso immens wichtiger Bestandteil ihres Studiums wie der Erkenntnis der militärischen Ausbildungslinien der NVA für die wehrpflichtigen, dienstfähigen Ingenieurstudenten. Darum sollten sich unsere Fachrichtungen auch für dieses Teil ihrer Studenten voll verantwortlich fühlen. Gerade diese Lehrgänge stellen hohe Anforderungen an die Bewusstheit der jungen Menschen, die in der Bekämpfung der Notwendigkeit abgefaßt sind, ihre ganze Kraft für die Stärkung der Landesverteidigung einzusetzen.

„Hochschulspiegel“ wird, wie jedes Jahr, über den Verlauf und die Ergebnisse des Erntetraktates und der Lehrgänge berichtet.

deutendste Errungenschaft der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes, sie muß mit allen Kräften gestärkt, geschützt und verteidigt werden. Die allseitige Stärkung und Festigung der DDR hängt vor allem von der konsequenten Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung auf allen Gebieten ab, in unserem Bereich besonders von der zielstrebigen Durchsetzung der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“.

• Der Kampf um die Lösung der nationalen Frage, um ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus ist ein harter und komplizierter Klassenkampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zur Überwindung des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland.

• Um der friedensgefährdenden Politik der in Westdeutschland herrschenden Monopolisten, Militaristen und Revanchisten Einhalt zu gebieten, um auf dem Wege der friedlichen Lösung der nationalen Frage voranzukommen, ist die Annäherung, Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse und allen demokratischen und friedliebenden Kräften beider deutscher Staaten unerlässlich.

• Die Sicherung des Friedens in und für Deutschland erfordert die ständige Entfaltung der gefährlichen Tötung und Maßnahmen des sozialökonomischen Herrschaftssystems in Westdeutschland, den entschlossenen Kampf gegen alle Einflüsse der imperialistischen Propaganda und bürgerlichen Lebensweise.

• Eine entscheidende Grundvoraussetzung für den Sieg des Sozialismus in der DDR und die friedliche Lösung der deutschen Frage ist unsere bewährte Politik der engen Freundschaft mit der Sowjetunion und der KPdSU, der brüderlichen Verbundenheit mit dem sozialistischen Lager der kommunistischen Weltbewegung und allen um Frieden, Freiheit, Demokratie und Sozialismus kämpfenden Kräften.

• Die führende Kraft im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus in Deutschland ist die SED. Ihre bewährte Politik hat im Marxismus-Leninismus eine sichere wissenschaftliche Grundlage und beruht auf ihrer festen Verbundenheit mit allen werktätigen Menschen.

Sozialistische Erziehung verbessern

Die auch weiterhin besonders vorrangige Aufgabe der Parteiorgani-

sation ist die Verbesserung der ideologisch-politischen Erziehung vor allem der Studierenden. Es gilt, die Bemühungen von staatlichen Leitungen und gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere der FDJ, die sozialistische Erziehung der Studenten zum gemeinsamen Anliegen aller an der Erziehung Beteiligten zu machen, noch stärker zu unterstützen. Dabei sind kommende Vorstellungen und Praktiken beharrlich zu überwachen.

Von großer Bedeutung sind die gemeinsamen Arbeitsprogramme der Institute und Gewerkschaftsgruppen. Unsere Parteiorganisationen sollten darauf hinwirken, daß die von den staatlichen Leitungen festgelegten Maßnahmen zur Verbesserung der Erziehung der Studierenden in die Arbeitsprogramme aufgenommen und exakt verwirklicht werden. Zugleich ist erforderlich, jetzt schnellstens dafür zu sorgen, daß zwischen den staatlichen Leitungen und den jeweiligen FDJ-Organisationen Verständigungen über die enge Zusammenarbeit bei der sozialistischen Erziehung der Studenten getroffen bzw. fixiert werden.

Grundsätzlich ist der ständigen Unterstützung des FDJ-Hochschulverbandes durch die Parteiorganisationen große Aufmerksamkeit zu widmen. Es müssen alle Bemühungen vereint und erhöht werden, die der Stärkung des FDJ-Verbandes, der marxistisch-leninistischen Bildung aller FDJ-Mitglieder, der regelmäßigen Durchführung der Mitglieder-versammlungen und der Lösung vieler anderer Aufgaben der FDJ dienen. Erforderlich ist, alle unsere Genossen Studenten zu befähigen, vor allem als aktive FMler in ihren Gruppen zu wirken. Das ist eine der Hauptaufgaben aller Fakultäts- und Abteilungspariorganisationen und Parteigruppen.

Marxistisch-leninistische Bildung erhöhen

Besondere Beachtung müssen die Parteiorganisationen der konsequenten Durchführung des gleichzeitigen mit dem Parteiverband laufenden FDJ-Lehrjahres schenken, in dem viele Genossen als Zirkellerner tätig sein werden. Die systematische Anleitung und Kontrolle des FDJ-Lehrjahres durch die HSGL ist untrennbar zu unterstützen, damit es neben dem marxistisch-leninistischen Grundstudium = erfolgreich zur Erhöhung der marxistisch-leninistischen Bildung aller FM-Mitglieder und Studenten beiträgt.

An der sozialistischen Erziehung unserer Studenten müssen neben den

Hochschullehrern, die hierfür in erster Linie die Verantwortung tragen, vor allem auch die Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses, des Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiters, teilhaben. Sie zu befähigen, im Erziehungsprozeß noch wirksamer zu werden, ist eine Aufgabe, deren Lösung unsere Parteiorganisation ebenfalls mit aller Kraft unterstützen muß. Dazu gehören u. a. die systematische gesellschaftswissenschaftliche Qualifizierung der Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter, die Verbesserung des Betreuungssystems und andere Maßnahmen, die von staatlicher Seite durchgeführt werden.

Zu weiteren Fragen der ideologisch-politischen Arbeit wird ein Beitrag in der nächsten Ausgabe des „Hochschulspiegels“ erscheinen. Zu bestimmten Fragen wird auch bereits in dieser Ausgabe Stellung genommen. Siehe unseren Artikel zum Parteilehrjahr 1966/67, Seite 1, und den Beitrag „Sozialistisch lernen heißt: Arbeit mit den Menschen“, Seite 1 und 2.

Südvietnamesische Mutter weint an der Leiche ihres Sohnes. Er wurde von der USA-Soldateska ermordet.
 Foto: ZB



Was dem Gehirn eines amerikanischen Generals entspringt

Seit 1963 benutzen die amerikanischen Truppen und ihre Verbündeten offiziell Tränen- und Brechgas in täglicher Routine. Großangriffe in Gasmasken werden gegen den gelähmten Feind geführt, Tunnelanlagen, Schützengräben werden mit Gas ausgerüstet. Neue effektive Maschinen zur Gasnachlieferung werden von amerikanischen Produzenten angeboten. Die Gebrauchsanweisungen entsprechen dem Erlingungsziel, den deutschen Fachleuten einmal der Errichtung von Vergasungs- und Verbrennungskammern widmeten 125 Millionen Dollar stehen in diesem Jahr amerikanischen Laborkosten für Forschungszwecke in chemischer

und bakteriologischer Kriegführung zur Verfügung.
 Vietnam bildet ein Versuchsfeld für alle Arten von Gift- und Brandstoffen. Unter der zynischen Erklärung, daß es sich hierbei um eine Scheuung des Gegners handele, werden neue Mittel zur umfassenden Menschenausrottung erprobt. Brigadegeneral Jaquard Rothchild, ehemaliges Mitglied des Army Corps Research and Development Command, fordert in der Zeitschrift „Science and Mechanics“ April 1966 die Anwendung von Senf- und anderen Kampfgasen, die den Tod oder die Außerstandsetzung des Feindes zur Folge haben und somit den Frieden sichern und zukünftige Kriege ausschließen. Warum fragt er, sollen nur Bomben und andere Explosivstoffe benutzt werden, die in unzureichendem Maße töten und das Feuer auf die eigenen Truppen nicht gesteuert einbringen.
 Wenn Rothchild, der seinem Namen nach zu dem gehört, der von Hitler zur Vernichtung Verurteilt wurde, jetzt in einem schrecklichen Kreislauf der Geschichte ein anderes Volk dem Genozid ausliefern will, so macht er sich zum Speerführer einer Tendenz, die sich gegenwärtig in rapidem Ansehen befindet.
 (Aus „Vietnam“ – Dokumentations von Peter Weiß, Entnommen: „ND“ vom 8. 8. 66.)

und bakteriologischer Kriegführung zur Verfügung.
 Vietnam bildet ein Versuchsfeld für alle Arten von Gift- und Brandstoffen. Unter der zynischen Erklärung, daß es sich hierbei um eine Scheuung des Gegners handele, werden neue Mittel zur umfassenden Menschenausrottung erprobt. Brigadegeneral Jaquard Rothchild, ehemaliges Mitglied des Army Corps Research and Development Command, fordert in der Zeitschrift „Science and Mechanics“ April 1966 die Anwendung von Senf- und anderen Kampfgasen, die den Tod oder die Außerstandsetzung des Feindes zur Folge haben und somit den Frieden sichern und zukünftige Kriege ausschließen. Warum fragt er, sollen nur Bomben und andere Explosivstoffe benutzt werden, die in unzureichendem Maße töten und das Feuer auf die eigenen Truppen nicht gesteuert einbringen.
 Wenn Rothchild, der seinem Namen nach zu dem gehört, der von Hitler zur Vernichtung Verurteilt wurde, jetzt in einem schrecklichen Kreislauf der Geschichte ein anderes Volk dem Genozid ausliefern will, so macht er sich zum Speerführer einer Tendenz, die sich gegenwärtig in rapidem Ansehen befindet.
 (Aus „Vietnam“ – Dokumentations von Peter Weiß, Entnommen: „ND“ vom 8. 8. 66.)

Bonn hat keine Chance

Was unsere Gewerkschafter zum „Grauen Plan“ meinen

Als eine gefährliche Illusion bezeichneten jüngst Studenten unserer Hochschule den von Bonn erdachten „Grauen Plan“, und brachten ihre Empörung über dieses Machwerk in einem Gespräch zum Ausdruck, das wir auszugewiesenermaßen in der letzten Ausgabe des „Hochschulspiegels“ veröffentlichten.

Heute nun sollen an dieser Stelle Mitglieder des FDGB zu Wort kommen, jener Organisation also, deren „Befugnisse“, wie es im „Grauen Plan“ heißt, „gelöscht“ werden sollen.

Zu dem ohnehin nicht geringen „Repertoire“ Bonner Annahmen kommt somit eine weitere. Wie unsinnig und hoffnungslos zugleich diese westdeutschen Pläne für ihre Produzenten jedoch sind, beweisen auch die nachstehenden Stellungnahmen unserer Kollegen:

Ing. Ingrid Friedrich, Institut für Angewandte Thermodynamik:

„Ich studiere gemeinsam mit meinem Mann im Abendstudium hier an der TH. Wir haben dabei bei vollem Gehalt jeder 32 arbeitsfreie Tage im Jahr.“

Unsere Tochter ist für monatlich 25 MDN in der Tageskrippe unter-

gebracht. Wir fahren in diesem Jahr zu drei für insgesamt 300 MDN für zwei Wochen ins Betriebsferienheim an die Ostsee.“

Auch das sind alles Errungenschaften, die der „Graue Plan“ umstürzen möchte.

Unsere Arbeit hilft, unseren Staat weiter zu stärken. Das ist die beste Garantie dafür, daß dieser Plan der westdeutschen Imperialisten keine Chance hat, Realität zu werden.“

Dipl.-Ing. Christian Hammer-

schmidt, Institut für Getriebe-technik:
 „Der „Graue Plan“ richtet sich offen gegen die DDR, die als „Feind“ bezeichnet wird. Die Gewerkschaften der DDR sollen ausgeschaltet und in die Bonner „familiäre Gesellschaft“ eingegliedert werden. Uns soll somit das gewerkschaftliche Recht der Mitbestimmung und Mitverantwortung durch „Lösung der Befugnisse des FDGB“ geraubt werden. Aber es gibt keinen Zweifel: Der „Graue Plan“ wird stets eine „graue Theorie“ bleiben.“

Rudolf Gärtner, Brandschutz-Verantwortlicher und Mitglied der AGL Verwaltung:

„Für mich ist völlig klar, daß die autoritative Politik des Bonner Staates, wie sie neuerdings im „Grauen Plan“ zum Ausdruck kommt, zum Scheitern verurteilt ist. Die Friedenspolitik der DDR und der sozialistischen Bruderländer ist die Garantie dafür.“

Als Gewerkschaftsfunktionär bin

ich besonders über die im „Grauen Plan“ vorgesehene „Lösung“ der Rechte unserer Gewerkschaften empört. Wir sollen uns wieder unter die Willkür der großen Monopolisten beugen? Niemals! Unsere bewährte Lösung in der die wahre Demokratie zum Ausdruck kommt, ist und wird bleiben: Wir arbeiten mit, wir planen mit, wir regieren mit!“

In der Tat, unsere Gewerkschaften sind weit davon entfernt, ihre demokratischen Rechte preiszugeben. Sie denken nicht daran, ihre sozialen Errungenschaften, die sie in unserem Arbeiter- und Bauernstaat mit geschaffen haben, einer Handvoll westdeutscher Milibredes zu überlassen!

Gewerkschaften, wie sie der FDGB verkörpert, passen natürlich nicht in das Bonner „Wiedervereinigungs-konzept“. In einem Beitrag unseres Gewerkschaftsorgans „Tribüne“ heißt es dazu: „Was Sie (die „Grauen Pläne“ in Bonn) sich unter Gewerkschaften vorstellen, ist dem Anschauungsunterricht der Arbeitfront Hitlers entlehnt. Sie möchten mit Hilfe solcher willkürlicher Gewerkschaftsführer wie Georg Lober die Gewerkschaften aus der politischen Kampfarena entfernen und in die „familiäre Gesellschaft“ einordnen. Der Haß mit dem sie den FDGB immer wieder zur Zielscheibe ihrer Angriffe wählen, und die wütenden Attacken gegen jede demokratische Willensentscheidung der westdeutschen Gewerkschaften sind dabei nur verschiedene Seiten der gleichen Politik des staatenmonopolistischen

Kapitals, wie auch die 40 Schließ- und Verordnungen für den Notstandfall in dem „Grauen Plan“ zur Ausgliederung der DDR, außenpolitisch ihren Ausdruck finden.“

Die Geschichte kennt viele Beispiele für die gewerkschaftsfeindliche Politik der Imperialisten. Die Bonner Notstandsgesetze präsentieren mit ihren „Gesetzen“ keine Neugierde.

Am 2. Mai 1933 besetzten Hitlers SA-Leute die Gewerkschaftshäuser, wurden Tausende Gewerkschafter in die KZ verschleppt und viele ermordet. Und heute, 33 Jahre danach, bereiten die herrschenden Kräfte in Westdeutschland erneut juristisch den Notstandfall vor, mit dessen Hilfe eben schon Hitler die Gewerkschaften zerschlug und sie, ihr Machtbereich auch auf die DDR und andere sozialistische Staaten auszuweiten.

Doch die Gewerkschafter der DDR, und mit ihnen alle Bürger, sind gegenüber diesen frechen Ausmaßungen Bonns gewappnet. Am 13. August 1961 haben wir den „Grauen Plan“ der Genossen ihre Macht bereits gelassen. Und wir sind seitdem noch stärker geworden, dank der klugen Politik von Partei und Regierung, dank der großen Anstrengungen der Werktätigen unserer Republik, dank der festen Freundschaft mit der Sowjetunion und den engen Beziehungen zu den sozialistischen Bruderländern. Deshalb ist die DDR heute mehr denn je ein unüberwindliches Hindernis für die Herren in Bonn!

TH-Studenten nach Ulan-Bator

Nähe 40 Studenten aus allen Teilen der Republik sind vor einigen Tagen nach Ulan-Bator, der Hauptstadt der Mongolischen Volksrepublik, abgereist. Sie werden als FDJ-Studentenbrigade den mongolischen Freunden bei der Bewältigung von Unwetter-schäden helfen.

Die Reise der Studentenbrigade wird auch dazu beitragen, die Freundschaft zwischen den Jugendorganisationen beider Länder zu festigen und zu vertiefen.

Wie wir erfahren, nehmen auch sieben Studenten unserer Hochschule an der Reise nach Ulan-Bator teil. Es sind dies Bernd Schäfer, Andreas Popow, Jürgen Leopold, Erhard Schreiber, Volker Madold, Manfred Porscha und Peter Kuhn.

Wir wünschen in einer der nächsten Ausgaben des „Hochschulspiegels“ über die Reise dieser Jugendfreunde in die Mongolische Volksrepublik berichten.